

Neulich im Briefkasten...

Von E. Noldus.

lag „Paroli. Das linke Magazin für Oberhausen“ (Ausgabe Dezember 2018). Über einige Inhalte oder Forderungen kann man diskutieren, aber andere gehen komplett in die falsche Richtung. Wir empfehlen „Paroli“ trotzdem!

Kann oder darf man eine Publikation des politischen Gegners empfehlen; eines Gegners gar, der sich an seinen Rändern linksaußen geradezu antideutsche Positionen zu eigen macht? Auf jeden Fall, wenn die Themen relevant sind, sind die Argumente zu prüfen.

„Oberhausen braucht mehr bezahlbaren Wohnraum“ ist eine Forderung, der man sich anschließen kann. Der Beschluß der Stadt, 5000 Wohnungen zu bauen, sei zwar zu begrüßen, doch moniert DIE LINKE, es seien davon 2100 Ein- oder Zweifamilienhäuser vorgesehen. Dabei würde gerade der Wohnraumbedarf für Hartz-IV-Bezieher oder Geringverdiener steigen. Das Resümee:

„Statt der Gründung eines kommunalen Wohnungsunternehmens, welches den Wohnungsmarkt sozial gestalten könnte, soll laut Ratsbeschluß ein Forum aus Politik, Verwaltung und Wohnungsmarkttakteuren entstehen, das die Entwicklungen strategisch gestaltet und begleitet. Das heißt alles und nichts und ist absolut unverbindlich.“

Wenn DIE LINKE ehrlich wäre, müßte sie zugeben, daß ihre politische Leitlinie selbst ein Teil des Problems darstellt. Seit 2013 haben, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP von ca. November 2018 hervorgeht, 1,8 Millionen Menschen in der BRD Asyl beantragt (BILD 18. 11. 2018).

Das bedeutet, auch wenn ein Teil davon inzwischen wieder ausgewandert ist, daß Millionen Menschen auf den Arbeits- und Wohnungsmarkt drängen, die versorgt werden müssen, wenn man die Zuwanderung erst einmal zugelassen hat. Selbst die Lockerung der Bauvorschriften für Neubauten, welche für Flüchtlinge gedacht sind oder die Verdrängung alteingesessener Mieter aus städtischen Wohnungen hat die Wohnungsnot nicht gelindert. Der Beschluß der Essener Tafel im März oder April 2018, neu auftauchende Ausländer abzuweisen (die Beschränkung wurde nach einiger Zeit wieder fallen gelassen), hat nichts mit Fremdenfeindlichkeit oder dergleichen zu tun. Vielmehr fanden und finden hier Verteilungskämpfe statt, die von der Berliner Politik stets gegen die Interessen der Alteingesessenen (ob sie nun Martin oder Mehmet heißen) entschieden werden. Indem also die LINKE einer ungebrochenen Einwanderung das Wort redet, greift sie die Lebensgrundlage derjenigen an, deren Interessen zu schützen sie vorgibt.

Der beschworene „Mut zu alternativen Verkehrskonzepten“ besteht darin, den „Rad- und Fußverkehr sowie den ÖPNV“ zu Gunsten des (auf das Auto basierenden) Individualverkehrs zu fördern. Wer mit öffentlichen Verkehrsmitteln mal zur Frühschicht nach Essen mußte, wird eher auf den Ausbau des ÖPNV bedacht sein, da die beruflich geforderte Mobilität anders (vom Auto abgesehen) nicht zu gewährleisten ist.

Mit „Tirpitzstraße. Sterkrade ehrt einen Kriegstreiber“ wird das Projekt linker Geschichtsinterpretation und Straßenumbenennung vorangetrieben. Dazu gehört die Neigung, deutsche Geschichte primär als die des antifaschistischen Widerstandes im Dritten Reich zu betrachten (andere positive Aspekte in der deutschen Geschichte außerhalb des Dritten Reiches scheint es im linken Weltbild nicht

zu geben). Mit dem gleiche Eifer sollte René Höfken einmal die Haltung Bert Brechts zu Stalin untersuchen und veröffentlichen.

Wesentlich relevanter ist das Thema „Pflegerotstand“, dem man seine ungeteilte Aufmerksamkeit widmen sollte. Die Pläne der Bundesregierung, Abhilfe durch die Anwerbung von 30000 Pflegekräften aus dem Ausland zu schaffen, sind in letzter Zeit nicht mehr so laut vorgetragen worden. Hier bietet die LINKE die richtigen Rezepte an (Bezahlung, Arbeitsverdichtung, soziale Aspekte der Patientenbetreuung), um durch höhere Anreize mehr Leute zur Ausübung ihres Berufes auch nach der Beendigung ihrer Ausbildung zu veranlassen. Uns fiele dazu noch eine Entschlackung der mit allerlei Theorie überfrachteten Ausbildungsinhalte und der Dokumentation der Pflege ein (aus Gesprächen mit einem Branchenkenner).

Die LINKE kann sich, so muß man zugeben, das Verdienst zuschreiben, das Thema „auf die Straße“ gebracht und die Politik zum Handeln veranlaßt zu haben. Der AfD sind solche Möglichkeiten teilweise deshalb verbaut, weil der mediale Druck eine tendenzielle Isolation herbeiführt, die sie von Informationen aus erster Hand fernhält (wer sich als AfD-freundlich zu erkennen gibt, wird mit Sanktionen belegt; die Furcht davor reicht schon aus).

Aber man muß auch anerkennen, daß die Konzentration der AfD auf Teilaspekte der mit der Masseneinwanderung seit 2015 verbundenen Probleme (das ist eine Konsequenz ihrer Wahlerfolge der Nach-Lucke-Ära) zwar Erfolge gebracht hat, aber die Gefahr mit sich bringt, die sozialen Folgen der Einwanderungspolitik (die – wie zu betonen ist – Martin und Mehmet treffen) nicht genug zu thematisieren.

Was allerdings abzulehnen ist, sind zwei Ideen von Niema Movassat, dem Bundestagsabgeordneten der LINKEN. „Schwarzfahren“ nicht mehr als Straftat zu behandeln, ist eine falsche Idee. Denn schließlich sollte jeder vor dem Gesetz gleich sein, egal ob arm oder reich. Wenn Herr Movassat eine Studie der Landesregierung von NRW zitiert, nach der 58 Prozent der Schwarzfahrer Hartz-IV-Empfänger, 21 Prozent obdachlos sind, muß man dem entgegenhalten: Wer sich ein Auto leisten kann bzw. hat und den ÖPNV benutzt, wäre angesichts der Ticket-Preise und der „Dichte“ des Busnetzes (über die Stadtgrenzen hinweg) schlichtweg ein Idiot. Echte Fahrpreisermäßigungen könnten das Schwarzfahren eindämmen (ein Effekt wie bei der Erhöhung der Tabaksteuer: die tatsächlichen Steuermehreinnahmen bleiben hinter den errechneten zurück, weil der Schmuggel zunimmt), ohne – wie die Idee der Entkriminalisierung – ein ordnungspolitisch falsches Signal zu setzen. Arbeitnehmer, die in die Nachbarstadt pendeln müssen, werden mit einem Ticket 2000 Preisstufe B mit 121,65 Euro geschröpft. Dazu kommen indirekte Erhöhungen durch die Einführung neuer Preisstufen. Inzwischen ist man bei A3 gelangt, was überdies aus Sicht der Verkehrsunternehmen den großen Vorteil hat, unbescholtene Bürger, die sich in dem Tarifdschungel verirren, wie berufsmäßige Schwarzfahrer zu behandeln und abzukassieren.

Gefährlich wird der Ruf nach Freigabe des Cannabis-Konsums. Niema Movassat begründet dieses mit der „Tatsache“, daß jede dritte Person über Konsumerfahrung verfüge und drei bis vier Millionen Menschen aktive Konsumenten seien. Am Ende des Artikels ergänzt er: „Während jährlich über 70000 Menschen an den Folgen von Alkohol sterben, wird suggeriert, daß Drogen nicht frei zugänglich seien.“

Dem ist zu entgegen, daß Werbe- oder Verkaufsbeschränkungen für Alkohol das Ziel haben, dessen Verbrauch (und damit die Zahl der Alkoholkranken) zu senken. Hier scheint Herr Movassat der An-

sicht zu sein, daß man bei 70000 Toten (wenn die Zahl stimmt) der legalen Droge Alkohol noch die Zahl der Toten der illegalen Droge Cannabis durch deren Legalisierung ruhig etwas erhöhen könnte. Tote durch Cannabis? Wo doch Hans-Christian Ströbele der lebende Beweis...

Spaß beiseite; das Thema ist zu ernst, und es kann hier nur kurz angerissen werden. Wenn Herr Movassat in den 1980er Jahren erlebt hätte, wie sich junge Leute diesen Dreck aus Holland geholt haben... Dreck? Ja; auch wenn Cannabis medizinisch angewendet werden kann.

Denn „Dreck“ würde auch Herr Movassat sagen, wenn er erlebt hätte, wie sich Freunde und Bekannte, labil vielleicht oder jugendlich unbekümmert, „cool“ in ein Milieu begeben, welches sie zu kontrollieren glauben.

Irgendwann kommen schleichende Veränderungen: ungesundes Aussehen, Gedankenverlorenheit, Änderung von Gewohnheiten, neue „Freunde“, dann: das Verschwinden. Plötzlich ist der alte Kollege wieder da, in Behandlung wegen einer Schizophrenie. Oder „clean“ nach einem Entzug, der aus dann höherer Einsicht deshalb erfolgte, weil der Betreffende kurz vor dem Exitus im Park gefunden wurde. Zurückgekämpft ins Leben, in eine Ausbildung – irgendwann kommt der nächste falsche Schritt; und dieses Mal gibt es vor dem endgültigen Sturz in den Abgrund kein Zurück.

Im harmlosesten Fall verläuft die Karriere so wie bei Wolfgang Neuss (per Google Bildersuche bequem nachzuverfolgen).